



Offizielles Organ des Central-Verbandes Deutscher Brauer.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement bei direkter Zusendung unter Kreuzband: für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1.50 Mark, für das Ausland 2 Mark, pro Quartal.
 Inserate die fünfgespaltene Petitzelle 20 Pfg. — Redaktion: Richard Wiehle, Linden-Gannover, Nieschlagstraße 23.
 Sämtliche Briefe sowie Geldsendungen sind zu adressiren: R. Wiehle, Linden-Gannover, Nieschlagstraße 23. Postzeitungsliste: Nr. 1526 a.

Nr. 28.

Hannover, den 15. Juli 1893.

3. Jahrgang.

An alle Brauereiarbeiter Deutschlands!

Das Unternehmertum versucht fortwährend die Kollegen wegen Zugehörigkeit zum Verbands zu maßregeln.

Kollegen! Es sind noch 40 Mann zu unterstützen, beweist allerorts Euer Solidaritätsgefühl und erkennt, daß wir erst durch schwere Kämpfe uns unser uns gesellig gewährleistetes Koalitionsrecht erringen müssen.

Es gilt mehr denn je den Kampf für den Verband, es muß sich ein Jeder zur heiligsten Pflicht machen, die Ehrenschaften des Verbandes zu verteidigen.

Deshalb, Kollegen, bitten wir Euch, erlahmt nicht, gebe ein jeder sein Scherflein, damit wir wenigstens sagen können, wie sind nicht herzlos und gefühllos, wie unsere Unternehmer und gegnerischen Brauer, sondern zeigt die wahre Nächsten- und Menschenliebe. Uns wird und muß der Sieg werden.
 R. Wiehle.

„Bund deutscher Brauereigesellen.“

Unter diesem schönklingenden, anmutenden Namen ist vor wenigen Tagen eine winzige Anzahl Brauereivereine zusammengetreten, deren ausgesprochenes Zweck es ist, unserer Organisation, die ihnen ein Dorn im Auge ist, Schwierigkeiten zu bereiten, sie in ihrer Wirksamkeit zu lähmen, ja, wenn es möglich wäre, sie zu Grunde zu richten. Diese neue Vereinigung könnte mit weit mehr Berechtigung den Namen führen: „Vereinigung zur Wahrung der Interessen der Brauereibesitzer u. und zur Bekämpfung jeder freien Bewegung unter den Brauereiarbeitern“, denn wie aus den auf dem am 29. und 30. Juni in Leipzig abgehaltenen Delegirten-tage gepflogenen Verhandlungen hervorgeht, wird das Hauptbestreben der neuen Vereinigung nicht etwa darauf gerichtet sein, die Lage der Brauereiarbeiter so zu gestalten, damit kein „Brauereigeselle“ Ursache hat, mit seiner Lage unzufrieden zu sein, sondern die Unzufriedenheit, sobald sie ihrer Unzufriedenheit Ausdruck geben, mit allen Mitteln zu bekämpfen. Wir hätten kaum geglaubt, daß nach den betrübenden Erfahrungen, welche die in den Brauereien beschäftigten Arbeitnehmer in den letzten Jahren haben machen müssen, es möglich gewesen sei, eine derartige Vereinigung zu Stande zu bringen; daß sich Kollegen, welche noch dazu auf „Standesehre“ pochen, gefunden haben würden, um sich und ihre Kollegen zu schädigen, indem sie sich von den Unternehmern in's Schlepptau nehmen und gegen die um ihre Besserstellung kämpfenden Kollegen verwenden lassen.

Wie wird den Brauereibesitzern und -Direktoren das Herz vor Freude gehüpft haben, als ihnen die frohe Botschaft gemeldet wurde, daß sich jetzt „Brauereigesellen“ zusammengethan haben, um mit ihnen gemeinsam den gefährlichsten „Centralverband deutscher Brauer“, der ihnen schon so viele Zugeständnisse im heißen Kampfe abgerungen hat, zu bekämpfen, daß sich Brauereigesellen gefunden haben, die zu einer solchen Handlungsweise fähig sind! Wahrlich, wenn man die in Leipzig gepflogenen Verhandlungen liest, dann muß einem die Schamröthe in's Gesicht treten, daß solche von Haß gegen Klassenbewußte Arbeitnehmer trübende Äußerungen von „Kollegen“ herrühren; man ist versucht, anzunehmen, daß jene Delegirten nur den Namen von „Kollegen“ führten, in Wirklichkeit aber Unternehmer waren.

Die Bestrebungen des neuen Bundes werden trefflich charakterisirt durch ein an die Braumeisterversammlungen, welche in jenen Tagen in Braunschweig und Dortmund abgehalten wurden und an die Vereinigung der Arbeitgeber gerichtetes Bittgesuch, betreffend die Einführung eines gemeinschaftlichen Zentralarbeitsnachweises der Prinzipale und Gesellen für sämtliche dem Bunde angehörenden Brauereien. Diese Petition zeigt zunächst die Gründung des Bundes an und sagt sodann, daß der neue Bund bestrebt sei, allezeit für ein friedliches Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzutreten, gleichzeitig aber auch den Bestrebungen einer Partei, deren Aufgabe darin bestünde, Haß und Unfrieden in die Reihen der deutschen Brauereigesellen zu tragen und ein friedliches Verhältnis zwischen ihnen und ihren Arbeitgebern zu hinterreiben, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Das geeignetste Mittel hierfür erblicke der Verband in der Einführung einer gut geregelten Stellenvermittlung, und deshalb erjuche er die Herren Prinzipale und Braumeister, dem Unternehmen ihr Wohlwollen entgegenzubringen und es zu unterstützen, umso mehr, als durch das Vorgehen des sozialdemokratischen Centralverbandes Zustände herbeigeführt worden seien, die ein ferneres friedliches Zusammenleben der Angehörigen des Brauerstandes ausschließen. (Wer lacht da nicht!) Die den Unfrieden stiftenden Elemente müßten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und der Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder hergestellt werden. Die Arbeitgebervereinigungen sollen ersucht werden, etwaige Beschlüsse unseres Verbandes über die Einführung eines Arbeitsnachweises nicht anzuerkennen.

Die neue Vereinigung betrachtet es also als ihre vornehmste Aufgabe, für ein friedliches Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzutreten, gleichzeitig aber auch den Bestrebungen der Sozialdemokratie — denn nur diese ist damit gemeint — entgegenzutreten, die bestrebt sei, Haß und Unfrieden in die Reihen der deutschen Brauereigesellen zu tragen. Mehr können doch die Unternehmer wirklich nicht von einer Arbeitnehmer-Organisation erwarten. Die Herstellung eines friedlichen Einvernehmens zwischen ihnen und Arbeitnehmern und Bekämpfung der für gleiche Rechte und gleiche Pflichten kämpfenden Sozialdemokratie! Herzliebchen, was willst Du noch mehr?

Wie aber nun, wenn die Unternehmer sich weigern etwa an sie herantretende Wünsche der Arbeitnehmer zu erfüllen, und wenn sie noch so billig und noch so gerecht sind? Sollen dann die Arbeitnehmer auf die Erfüllung ihrer billigen und gerechten Wünsche verzichten, oder was geschieht dann, um das friedliche Einvernehmen, wenn ein solches überhaupt vorhanden war, nicht zu stören? Wird der neue Bund die Unternehmer auffordern, den billigen und gerechten Wünschen nachzukommen, oder wird er ihn auffordern, „die den Unfrieden stiftenden Elemente“ — und dies wären in diesem Falle doch nach Ansicht des Bundes die Arbeiter, weil sie mit ihrer Lage unzufrieden waren — mit allen Mitteln zu bekämpfen“, d. h. auf gut deutsch, sie auf das Straßpflaster zu werfen und dafür zu sorgen, daß sie keine Arbeit wieder erhalten? Und was geschieht dann, wenn „die den Unfrieden stiftenden Elemente“ in den Reihen der Unternehmer und der Braumeister, um deren Wohlwollen gebettelt wird, zu finden sind? Mit welchen Mitteln sollen diese bekämpft werden? Oder sind nach der Ansicht des neuen Bundes die Unzufriedenheit stiftenden Elemente niemals in den Reihen der

Unternehmer zu finden? Woran will der Bund erkennen, von welcher Seite der Frieden und die holde Eintracht zwischen Arbeitnehmer gestört worden ist? U. U. w. g. (Um Antwort wird gebeten). —

Doch weiter! Die Aufgabe der Sozialdemokratie soll darin bestehen, Haß und Unfrieden in die Reihen der deutschen Brauereigesellen zu tragen und ein friedliches Verhältnis zwischen ihnen und ihren Arbeitgebern zu hinterreiben? O, diese blinden Harmonieapostel! Ist es denn überhaupt möglich, jemand, der mit seinem Arbeitgeber in Frieden lebt, weil er für seine schwere Arbeit einen entsprechenden Lohn erhält und wie ein gleichberechtigter Mensch behandelt wird, unzufrieden zu machen, in ihm den Haß gegen den ihm wohlgestimmten Arbeitgeber zu erwecken? Niemals! Wenn die deutschen Brauereigesellen keine Ursache hätten, unzufrieden zu sein, dann würde kein Sozialdemokrat, und wenn er noch so beredt wäre, sie unzufrieden machen können. Was thut denn die Sozialdemokratie? Sie deckt die vorhandenen Schäden auf, zeigt den Weg einer Besserung und sucht letztere durch die Gesetzgebung herbeizuführen; sie will alle Schäden und Mängel beseitigen durch Umgestaltung der heutigen Wirtschaftsordnung; sie will, daß das, was die Brauereigesellen verdienen, auch die Brauereigesellen und nicht die Brauereibesitzer erhalten. Und dadurch soll sie Haß und Unfrieden säen? Wenn Schäden und Mängel an das Licht der Öffentlichkeit gezogen und kritisiert werden und dadurch Unzufriedenheit erregt wird, wer trägt dann die Schuld an der Unzufriedenheit, derjenige, der die Schäden und Mängel aufdeckt oder diese selbst?

Daß Schäden und Mängel vorhanden sind, daß die Brauereiarbeiter wirklich alle Ursache haben, unzufrieden zu sein, wurde selbst auf dem Delegirten-tage: jener „friedliebenden“ Vereine konstatiert. Denn nachdem der Delegirte Paulich-Wühlheim darüber berichtet hatte, daß die in Wühlheim a. Rh. gezahlten Löhne im Durchschnitt 74 bis 90 Mk. monatlich betragen bei 11stündiger Arbeitszeit, beschloß der Delegirten-tage, ein Bittgesuch an die dortigen Prinzipale zu richten und sie um einen Minimallohn von 90 Mk. monatlich zu ersuchen. Auch diese Petition wurde an den Braumeistertag in Braunschweig und an die Vertretung der Prinzipale abgesendet, wobei ausgesprochen wurde, es sei Pflicht der Brauereibesitzer, den gerechten Ansprüchen der Gehülften entgegenzukommen, schon um der sozialistischen Agitation den Wind aus den Segeln zu nehmen und ihr jeden Schein der Berechtigung zu entziehen. Würden die Brauereibesitzer den gerechten Forderungen der Gehülften und den Anträgen des neugegründeten Bundes nicht entsprechen, so müßten sie, die Besitzer, doch über kurz oder lang der hierdurch gestärkten Gegenpartei diese Zugeständnisse machen, und die Sozialisten würden, wie sie es immer zu thun pflegen, dann den Erfolg als einen solchen ihrer Partei in Anspruch nehmen. Die Delegirten sprachen überhaupt ihre Ueberzeugung dahin aus, daß im Allgemeinen ein Monatslohn von 90 bis 120 Mk. neben freier Wohnung u. s. w. bei 10- bis 12stündiger Arbeitszeit als Norm gelten und angestrebt werden müsse. Der Bund werde dahin wirken, daß dieser Lohn und diese Arbeitszeit in allen Brauereien eingeführt würden.

Die Brauereigesellen haben also wirklich Ursache, mit ihrer Lage unzufrieden zu sein und diese Unzufriedenheit soll dadurch beseitigt werden, daß man die Unternehmer ersucht, doch die Güte zu haben, den Arbeitnehmern für ihre schwere und Gesundheit zerstörende Arbeit einen etwas angemessenen Lohn zu zahlen? Der Delegirten-tage erkennt

